Stadt Frankfurt (Oder)
Stadtverordnetenversammlung

Antrag

Vorlage-Nr:	**22/ANT/1277**
Status:	öffentlich
Einreicher/-in:	Fraktion AfD
Datum:	25.11.2022

Schluss mit der vorsätzlichen Verunstaltung der deutschen Sprache - Gendern? Nein danke!

Beratungsfolge:

Datum	**Gremium**
29.11.2022	Dezernentenberatung
08.12.2022	Stadtverordnetenversammlung

Die Stadtverordnetenversammlung Frankfurt(Oder) beschließt, dass die mittlerweile in der Frankfurter Verwaltung praktizierte " Gendersensibilität" in allen Verwaltungsschreiben, Mitteilungen, Satzungen und weiteren Schriftstücken mit den entsprechenden nicht rechtlich legitimierten Orthographie-und Sprachänderungen mit sofortiger Wirkung zu unterbleiben hat!

Begründung:
Seit einiger Zeit wird auch auf Initiative des Oberbürgermeisters in der Frankfurter Verwaltung das sogenannte "Gendern" der deutschen Sprache offenbar verbindlich alltäglich praktiziert. Hinzu kommt, dass seit einiger Zeit sämtliche Satzungen "gegendert" werden. Nicht nur, dass hierfür jeglicher rechtliche Rahmen fehlt, die Praxis des "Gendern" ist rein ideologisch-politisch motiviert und wird laut zahlloser Umfragen auch zu 75-90% in der deutschsprachigen Bevölkerung des entsprechenden Sprachraumes in Europa grundsätzlich abgelehnt.

Der rein ideologisch-politische Hintergrund der Gender-Kampagne zeigt auch deutlich auf, wie bestimmte politische Minderheiten versuchen, mit sprachlichen Verformungen ihre eigenen Anschauungen einer gesellschaftlichen Mehrheit aufzuoktroyieren.

Rechtlich verbindliche Normen in Orthographie und Grammatik der deutschen Sprache kann allein der Rat der deutschen Rechtschreibung in enger Zusammenarbeit mit deren Vertretern in Österreich, der Schweiz, Liechtenstein und den deutschen Sprachgebieten in Belgien, Luxemburg und Italien verbindlich festlegen. In Deutschland arbeitet der Rat im Auftrage der Kultusministerkonferenz der Bundesländer.

Weitreichendere Reformen der Orthographie und Grammatik müssen durch die Parlamente der drei Hauptstaaten des deutschen Sprachraumes in Europa auf Empfehlung des Rates verabschiedet werden.

Als erstes Bundesland hat nun der Landtag des Freistaates Thüringen einen richtungsweisenden Beschluss auf Initiative der CDU mit Stimmen der AfD und freier

Abgeordneter mehrheitlich verabschiedet.

Künftig wird in dem Freistaat wieder eine ideologiefreie Amtssprache in der Verwaltung benutzt und der Kontakt zum Souverän bürgerfreundlicher und sprachlich barrierefreier gepflegt. Dadurch kann ebenso ein Beitrag zu mehr Verständnis und Zusammenhalt in unserer Gesellschaft geleistet werden.

Auch in Frankfurt sollten wir diesem Beispiel folgen und einen entsprechenden Antrag verabschieden.

Der Oberbürgermeister Herr Wilke äußerte sich hierzu mit den Worten, er lasse sich nicht vorschreiben, wie er zu sprechen/schreiben habe, seinen Mitarbeitern in der Verwaltung will er aber mit aller Macht genau das vorschreiben!
-Wir als Bürger dieser Stadt lassen uns ebenfalls nicht vorschreiben, wie wir zu reden, zu schreiben und erst recht nicht zu denken haben!

Wir bitten um Zustimmung zu diesem Antrage.

Anlagen: keine

Entscheidungsergebnis:

	einstimmig		mit Mehrheit		zurückgezogen
	Ja		Nein		Enthaltung
	lt. Beschlussvorlage		abweichend		abgelehnt
	zur Kenntnis genommen				

überwiesen	
Ausschließung § 22 BbgKVerf	Es wurden keine Ausschließungsgründe angezeigt.
Wiedervorlage	